



Detailansicht des Registereintrags

Ärzte der Welt e. V.

Aktuell seit 12.08.2025 10:23:34

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004153
Ersteintrag:	11.04.2022
Letzte Änderung:	12.08.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	26.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Landsberger Str. 428 81241 München Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +498945230810 E-Mail-Adressen: info@aerztederwelt.org Webseiten: https://www.aerztederwelt.org/</p>
Hauptstadtrepräsentanz:	<p>Ärzte der Welt e.V. Berlin Global Village Am Sudhaus 2 12053 Berlin</p> <p>Telefonnummer: +493026557791 E-Mail-Adresse: info@aerztederwelt.org</p>
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Sonstiges, Mitgliedsbeiträge	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

230.001 bis 240.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,50

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Dr. Peter Schwick**

Funktion: Vorstand

2. Birgit Spiewok

Funktion: Vorstand

3. Thomas Bader

Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):**1. Dr. Johanna Offe****2. Janina Gach****3. François De Keersmaeker****Gesamtzahl der Mitglieder:**

87 Mitglieder am 24.06.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (6):

1. VENRO Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
2. Deutsche Plattform Globale Gesundheit
3. AG Transparenz
4. Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung
5. EhAP Plus Trägernetzwerk
6. Bundesarbeitsgemeinschaft Gesundheit/Illegalität

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche**Interessen- und Vorhabenbereiche (14):**

Entwicklungspolitik; Diversitätspolitik; Geschlechterpolitik; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Krankenversicherung; Humanitäre Hilfe

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Aufbauend auf Erfahrungen und Daten aus ihren medizinischen Projekten im In- und Ausland setzt sich die Organisation Ärzte der Welt e. V. gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen ein für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Gesundheit und für die Erreichung von universeller Gesundheitsversorgung als Teil der Nachhaltigen Entwicklungsziele. Schwerpunkte der Interessensvertretung liegen beim Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Deutschland und beim weltweit gerechten Zugang zu Arzneimitteln.

Tätigkeitsfelder der Interessensvertretung sind Briefe an und Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, Veranstaltungsorganisation und Kampagnen.

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Niedrigschwellige Gesundheitsversorgung für Alle sicherstellen

Beschreibung:

1. Auf- und Ausbau von niedrigschwelligeren Primärversorgungsstrukturen mit multiprofessionellen Teams, in denen Gemeinwesenarbeit, Gesundheitsförderung und Prävention eine wichtige Rolle spielen und die frei sind von kommerziellen Interessen.
2. Gesetzliche Ausschlüsse von der Krankenversicherung abschaffen.
3. Bundesweite Einrichtung von Clearingstellen und eines Behandlungsfonds für Menschen ohne Krankenversicherung.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 234/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; AsylbLG [alle RV hierzu]; SGB 2 [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406260193 (PDF - 4 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Zugang zu Gesundheitsversorgung für Asylsuchende

Beschreibung:

1. Keine Verlängerung des Bezugszeitraums von Leistungen nach AsylbLG von 18 auf 36 Monate
2. Anspruch auf Gesundheitsleistungen gemäß Leistungskatalog der GKV für Geflüchtete gesetzlich verankern
3. Einführung elektronischer Gesundheitskarte für Geflüchtete in allen Bundesländern
4. Anspruch auf qualifizierte Sprachmittlung gesetzlich verankern
5. EU-Aufnahmerichtlinie flächendeckend und systematisch umsetzen

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 21/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Verbesserung der Rückführung (Rückführungsverbesserungsgesetz)

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406210031](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. Zugang zu Gesundheitsversorgung, Unterbringung und Lebensbedingungen geflüchteter Menschen

Beschreibung:

1. Diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsversorgung für Geflüchtete (Abschaffung AsylbG, eGK, qualifizierte Sprachmittlung); 2. Menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten (Abschaffung von Ankerzentren, Aufhebung der Wohnpflicht und der Residenzpflicht, Verkürzung der maximalen Aufenthaltsdauer in AEs auf drei Monate); 3. Konsequente Umsetzung gesetzlicher Vorschriften und ihre Überwachung (med. Versorgung nach Art.19 EU-Aufnahmerichtlinie, Art. 12 UN-Sozialpakt; max. Aufenthaltsdauer nach §47 AsylG, Identifizierung und Versorgung Schutzbedürftiger nach Art. 21 EU-

Aufnahmerichtlinie, Art. 24 EU-Asylverfahrensrichtlinie, Präambel und Art. 60 Istanbul Konvention; Bereitstellung von Sprachmittlung nach §6 Abs. 1 AsylbLG, Bereitstellung von Hebammenversorgung nach §4 Abs. 2 AsylbLG)

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 21/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Verbesserung der Rückführung (Rückführungsverbesserungsgesetz)

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]; AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

4. Multiprofessionelle Primärversorgungszentren

Beschreibung:

Flächendeckende Einführung von Primärversorgungszentren, die Gesundheitsversorgung für Alle anbieten (auch z.B. für Menschen ohne Krankenversicherung), mit multiprofessionellen Teams arbeiten und community health nurses einbeziehen, durch Gemeinwesenarbeit und Verhältnisprävention die sozialen Determinanten berücksichtigen, Sprachmittlung bereitstellen, ausreichend Ressourcen haben, Partizipation ermöglichen, Vertraulichkeit sicherstellen, mit dem ÖGD und anderen Unterstützungsstrukturen zusammenarbeiten, wissenschaftlich evaluiert und begleitet werden und nicht kommerziell arbeiten.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 234/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]

5. Zugang zu Gesundheitsversorgung für Asylsuchende und Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus

Beschreibung:

1. Einschränkungen im Leistungsanspruch für Geflüchtete abschaffen
2. Elektronische Gesundheitskarte für alle Geflüchteten bundesweit einführen
3. Übergangsbescheinigung bis zum Erhalt einer elektronischen Gesundheitskarte
4. Anspruch auf Sprachmittlung gesetzlich verankern

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 21/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Verbesserung der Rückführung (Rückführungsverbesserungsgesetz)

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

6. Asylbewerberleistungsgesetz

Beschreibung:

1. Einschränkungen im Leistungsanspruch für Geflüchtete abschaffen
2. Bundesweite Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete
3. Ausnahme von den Übermittlungspflichten (§87 AufenthG und § 11 AsylbLG) öffentlicher Stellen, wenn sie Leistungen zur Sicherung der Gesundheit sowie bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt erbringen oder gewähren.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8062 (Vorgang) [alle RV hierzu]

auf die Kleine Anfrage - Drucksache 20/7924 - Entbürokratisierung in der
Krankenhausversorgung

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

7. Humanitäre Hilfe für Gaza

Beschreibung:

1. Diplomatischer Einsatz für die Ermöglichung von humanitärer Hilfe über Land und einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand
2. Beendigung von Waffenlieferungen, bei denen die Gefahr besteht, dass sie für völkerrechtswidrige Verbrechen eingesetzt werden

Interessenbereiche:

Humanitäre Hilfe

8. Waffenlieferungen nach Israel

Beschreibung:

Beendigung von Waffenlieferungen, bei denen die Gefahr besteht, dass sie für völkerrechtswidrige Verbrechen eingesetzt werden

Interessenbereiche:

Humanitäre Hilfe

9. Universeller Zugang zu Gesundheitsversorgung

Beschreibung:

Die Bundesregierung soll der im Rahmen der SDG eingegangenen Zusage nachkommen, Gesundheitsversorgung für Alle sicherzustellen und das Recht auf Gesundheit zu verwirklichen, sowohl im eigenen Land wie durch Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen

Interessenbereiche:

Entwicklungsarbeit [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

10. Niedrigschwellige Gesundheitsversorgung für Alle sicherstellen

Beschreibung:

1. Niedrigschwellige Primärversorgungsstrukturen mit multiprofessionellen Teams in sozial benachteiligten Regionen und Stadtteilen auf- und ausbauen, in denen Gemeinwesenarbeit, Gesundheitsförderung und Prävention eine wichtige Rolle spielen
2. Bundesweit Clearingstellen und einen Behandlungsfonds für Menschen ohne KV einrichten
3. Verfügbarkeit und Finanzierung qualifizierter Sprachmittlung sicherstellen
4. Koordinierende Instanzen innerhalb des Öffentlichen Gesundheitsdienstes einrichten und finanzieren

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 234/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]

11. Berücksichtigung von Nicht-Versicherten Schwangeren bei der Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Beschreibung:

Auf der Grundlage seiner Projekterfahrung hat der Verein Ärzte der Welt Vorschläge gemacht, wie die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen für nicht-versicherte Schwangere gewährleistet werden kann.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13775 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

12. Zivilgesellschaftliches Prioritäten für die gesetzliche Umsetzung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems in Deutschland

Beschreibung:

Das Papier stellt die zivilgesellschaftlichen Prioritäten zur Umsetzung der GEAS-Reform dar. U.a. plädiert es für die Anpassung der Gesundheitsleistungen und die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13963 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (5):

1. Landeshauptstadt München

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
München

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Sozialreferat: Zuwendungsgewährung der Landeshauptstadt München für das Haushaltsjahr 2024 als Fehlbedarfsfinanzierung (SozR) zur Projektförderung auf Grundlage der Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Sozialreferats der Landeshauptstadt München und gemäß Beschluss des Sozialausschusses in der Sitzung vom 05.12.2023 sowie des Beschlusses der Vollversammlung des Stadtrates vom 20.12.2023.

Gesundheitsreferat: Zuwendungsgewährung der Landeshauptstadt München für das Haushaltsjahr 2024 als Festbetragsfinanzierung zur Projektförderung auf Grundlage der

Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen der Landeshauptstadt München im Gesundheitsbereich vom 01.01.2022 und gemäß Beschluss des Stadtrates in der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 14.12.2023 und der Vollversammlung vom 20.12.2023.

2. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 4.340.001 bis 4.350.000 Euro

Projekt für Palästina:

Vertragsnummer: 2019.1836.6 (Stärkung der Resilienz der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung in den besetzten palästinensischen Gebieten).

Vertragsnummer: 2022.1817.0 (Stärkung des Zugangs der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung in oPt zu hochwertigen MHPSS-Diensten).

Vertragsnummer: 2024.1854.9 (Kapazitätenausbau für Katastrophenmanagement und Resilienz in den palästinensischen Gebieten).

Projekt für Syrien:

Vertragsnummer: 2023.1853.3 (Stärkung der Resilienz von konfliktbetroffenen Gemeinden und des lokalen öffentlichen Gesundheitssystems im Gouvernement Raqqa, Nordostsyrien).

Projekt für Ukraine:

Vertragsnummer: 2020.1872.9 (Stärkung der Resilienz von Gemeinden und des öffentlichen Gesundheitssystems in der Ukraine).

3. Auswärtiges Amt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 21.660.001 bis 21.670.000 Euro

Projekt für Äthiopien: Vertragsnummer: S09-47-321.50 ETH 01/21 (Beitrag zur Reduktion von Morbiditäts- und Mortalitätsraten).

Projekt für Jemen: Vertragsnummer: S09-20-321.50 YEM 06/21 (Verbesserter Zugang zu Basisgesundheitsdiensten, MHPSS und GBV-Leistungen).

Projekt für Nigeria: Vertragsnummer: F-PF-2-Team2-321.50/TSR/NGA/ÄdW/2024/01 (Integrierte medizinische Notfalldienste für Binnenvertriebene und gefährdete Aufnahmegemeinden).

Projekt für Afghanistan/Pakistan: Vertragsnummer: F-PF-2-321.50-ASI 01/22 (Verbesserung des Zugangs zu Basisgesundheitsversorgung).

Projekt für Syrien: Vertragsnummer: F-PF-2Team2-321.50/SYR/SYR/ÄdW/2023/01 (Bereitstellung Basisgesundheitsversorgung).

Projekt für Ukraine: Vertragsnummer: 321.50/UKR/Reg/ÄdW/2023/01 (Verbesserter Zugang zu umfassenden Basisgesundheitsdienstleistungen).

Projekt für Zentralafrikanische Republik: Vertragsnummer: BF-F-PF-2-321.50 CAF 01/22 (Verbesserter Zugang zu hochwertiger Basisgesundheitsversorgung).

4. Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz (ECHO)

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro

Projekt für Äthiopien:

Vertragsnummer: ECHO/-HF/BUD/2023/91034 (Nothilfe für den Zugang zur medizinischen Grundversorgung und zu Ernährungsdiensten für die von der humanitären Krise betroffene Bevölkerung in den Regionen Afar, Oromia und Somali, Äthiopien).

Vertragsnummer: ECHO/UKR/BUD/2023/91018 (Sicherstellung des Zugangs zu umfassenden Gesundheitsdiensten für die vom Konflikt betroffene Bevölkerung, einschließlich der am stärksten gefährdeten Gruppen (ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Überlebende von Gewalt gegen Frauen).

5. Bezirksamt Berlin

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Berlin

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Zuschuss aus dem Landeshaushalt Berlin im Rahmen des bezirklichen Integrationsfonds für das Haushaltsjahr 2024 als Fehlbedarfsfinanzierung zur Projektförderung durch das Bezirksamt Lichtenberg von Berlin gemäß §§ 23 und 44 Landeshaushaltssordnung Berlin (LHO).

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

4.730.001 bis 4.740.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Pruefungsbericht-2023.pdf

Eigener Verhaltenskodex

Verhaltenskodex.pdf